

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

12.4.2007

PE 386.285v01-00

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1-64

Entwurf einer Stellungnahme

(PE 386.284v03-00)

Patrizia Toia

Durchführung der Richtlinie 2000/43/EG vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft (2007/2094)(INI)

Änderungsantrag von Maria Matsouka

Änderungsantrag 1

Ziffer 1

1. begrüßt den Bericht der Kommission zur Durchführung der Richtlinie 2000/43/EG vom 29. Juni 2000, mit der ein Rahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund der Rasse oder der ethnischen Herkunft im Hinblick auf die **Konsolidierung des Grundsatzes der Gleichheit vor dem Gesetz, des Grundsatzes der Chancengleichheit und** des Gleichbehandlungsgrundsatzes in den Mitgliedstaaten unter uneingeschränkter Achtung des Subsidiaritätsprinzips und gemäß den jeweiligen nationalen Traditionen und Praktiken geschaffen werden soll;

Or. el

Änderungsantrag von Donata Gottardi

Änderungsantrag 2

Ziffer 1

1. begrüßt den Bericht der Kommission zur Durchführung der Richtlinie 2000/43/EG vom 29. Juni 2000, mit der ein Rahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund der Rasse oder der ethnischen Herkunft im Hinblick auf die Verwirklichung

AM\654929DE.doc

PE 386.285v01-00

des Gleichbehandlungsgrundsatzes in den Mitgliedstaaten unter uneingeschränkter Achtung des Subsidiaritätsprinzips und gemäß den jeweiligen nationalen Traditionen und Praktiken geschaffen werden soll; **würdigt die im Bericht der Kommission über die Anwendung der Richtlinie enthaltene Kurzdarstellung, hebt aber hervor, dass es nützlich gewesen wäre, auch über eine detaillierte Beschreibung der Umsetzung der Bestimmungen der Richtlinie 2000/43/EG in den Mitgliedstaaten zu verfügen, wie dies in eben dieser Richtlinie vorgesehen ist; erinnert in diesem Zusammenhang auch daran, dass die Kommission sich nicht nur verpflichtet hatte, detaillierte Informationen zu sammeln, sondern sie auch dem Europäischen Parlament und dem Rat mitzuteilen, und dass das Europäische Parlament in seiner Entschließung vom 14. Juni 2006 zu „Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit für alle – eine Rahmenstrategie“¹ die Kommission bereits aufgefordert hat, „unverzüglich Qualität und Inhalt der Gesetze zur Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien zu prüfen“;**

Or. it

Änderungsantrag von Maria Matsouka

Änderungsantrag 3

Ziffer 2

2. stellt fest, dass Diskriminierung aufgrund der Rasse oder ethnischen Herkunft **sowie die damit mitunter einhergehenden Formen der Ausbeutung von Migranten, insbesondere Schwarzarbeit und nicht angemeldete Erwerbstätigkeit**, die Erreichung eines hohen Niveaus im Bereich Beschäftigung und Sozialschutz, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität beeinträchtigen;

Or. el

Änderungsantrag von Jan Jerzy Kułakowski

Änderungsantrag 4

Ziffer 2

2. stellt fest, dass Diskriminierung aufgrund der Rasse oder ethnischen Herkunft **erheblich dazu beiträgt**, die Erreichung eines hohen Niveaus im Bereich Beschäftigung und Sozialschutz, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität **unmöglich zu machen**;

Or. pl

¹ P6_TA(2006)0261.

Änderungsantrag von Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 5
Ziffer 2

2. stellt fest, dass Diskriminierung aufgrund der Rasse oder ethnischen Herkunft die Erreichung eines hohen Niveaus im Bereich Beschäftigung und Sozialschutz, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, **das Wirtschaftswachstum und die Effektivität sowie** die Solidarität beeinträchtigen können;

Or. en

Änderungsantrag von Marie Panayotopoulos-Cassiotou

Änderungsantrag 6
Ziffer 2 a (neu)

- 2a. **stellt fest, dass die Sozialpolitische Agenda für den Zeitraum 2005-2010, die die Strategie von Lissabon ergänzt und unterstützt, die soziale Dimension des Wirtschaftswachstums unterstreicht und die Chancengleichheit für alle fördert und damit dazu beiträgt, eine Gesellschaft zu schaffen, die bessere Möglichkeiten zur sozialen Eingliederung bietet;**

Or. el

Änderungsantrag von Emine Bozkurt

Änderungsantrag 7
Ziffer 2 a (neu)

- 2a. **weist mit Nachdruck darauf hin, dass alle Diskriminierungsgründe gleich viel Aufmerksamkeit erhalten müssen;**

Or. nl

Änderungsantrag von Donata Gottardi

Änderungsantrag 8
Ziffer 2 a (neu)

- 2a. **fordert unter besonderer Berücksichtigung der Beschäftigung Überlegungen zu einigen spezifischen Arbeitsbereichen anzustellen, wie zum Beispiel in allen Mitgliedstaaten zur Arbeit im Bereich der Pflege und familiären und häuslichen Hilfe, die kaum geregelt und geschützt ist, und wie zum Beispiel zur Arbeit im**

Gesundheitsbereich, wo sich auch Schwierigkeiten durch nationale Rechtsvorschriften über den Zugang zu Arbeitsplätzen in der öffentlichen Verwaltung ergeben;

Or. it

Änderungsantrag von Donata Gottardi

Änderungsantrag 9
Ziffer 2 b (neu)

- 2b. fordert die Kommission auf zu erwägen, ob es auch im Hinblick auf die wichtige sechste Erwägung der Richtlinie, in der die Idee zurückgewiesen wird, dass es verschiedene menschliche Rassen geben kann, da es nur eine menschliche Rasse gibt, es angebracht ist, dass auch weiterhin eine Diskriminierung aufgrund der Nationalität möglich ist, die sich als eine hinterhältige und bequeme Alternative erweisen kann, viele diskriminierende Handlungen und Verhaltensweisen vom Schutzbereich der Richtlinie auszunehmen, die mit dem Zugang zur Beschäftigung und mit anderen in der Richtlinie behandelten Bereichen zusammenhängen;***

Or. it

Änderungsantrag von Jan Jerzy Kułakowski

Änderungsantrag 10
Ziffer 3

- 3. fordert die Mitgliedstaaten und die Sozialpartner, die dies noch nicht getan haben, auf, der Kommission die erforderlichen Informationen **über Mittel, Formen und Ergebnisse der Bekämpfung von Diskriminierungen aufgrund der Rasse oder ethnischen Herkunft** zu übermitteln;***

Or. pl

Änderungsantrag von Agnes Schierhuber

Änderungsantrag 11
Ziffer 4

entfällt

Or. en

Änderungsantrag von Donata Gottardi

Änderungsantrag 12
Ziffer 4

4. **spornt die Kommission an, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um eine vollständige und korrekte Umsetzung zu gewährleisten;** unterstützt und ermutigt die Kommission, Vertragsverletzungsverfahren gemäß Artikel 226 des EG-Vertrags gegen die Mitgliedstaaten einzuleiten, die die in Artikel 17 der Richtlinie 2000/43/EG vorgesehenen notwendigen Informationen noch nicht übermittelt haben;

Or. it

Änderungsantrag von Harlem Désir

Änderungsantrag 13
Ziffer 4

4. unterstützt und ermutigt die Kommission, Vertragsverletzungsverfahren gemäß Artikel 226 des EG-Vertrags gegen die Mitgliedstaaten einzuleiten, **deren nationale Durchführungsmaßnahmen mit der Richtlinie 2000/43/EG nicht im Einklang stehen, insbesondere hinsichtlich der Zuständigkeiten und des Erfordernisses der Unabhängigkeit der mit der Förderung der Gleichbehandlung befassten Stellen, wie sie in Artikel 13 dieser Richtlinie definiert sind;**

Or. fr

Änderungsantrag von Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 14
Ziffer 4

4. unterstützt und ermutigt die Kommission, Vertragsverletzungsverfahren gemäß Artikel 226 des EG-Vertrags gegen die Mitgliedstaaten einzuleiten, die die in Artikel 17 der Richtlinie 2000/43/EG vorgesehenen notwendigen Informationen noch nicht übermittelt haben, **und die europäischen Bürger umfassend über den Stand der Dinge zu informieren;**

Or. en

Änderungsantrag von Agnes Schierhuber

Änderungsantrag 15
Ziffer 5

5. fordert die Kommission auf, dem Parlament und dem Rat einen spezifischen Aktionsplan für die Mechanismen und Methoden zur Beobachtung und Beschreibung der Auswirkungen der nationalen Durchführungsmaßnahmen vorzulegen;
(Streichung)

Or. en

Änderungsantrag von Maria Matsouka

Änderungsantrag 16
Ziffer 5

5. fordert die Kommission auf, dem Parlament und dem Rat einen spezifischen Aktionsplan für die Mechanismen und Methoden zur Beobachtung und Beschreibung der Auswirkungen der nationalen Durchführungsmaßnahmen vorzulegen; hebt hervor, wie wichtig die Entwicklung von Mechanismen zur Sammlung von Daten über die Diskriminierung, ***insbesondere im Bereich der Arbeitsbeziehungen mit Schwerpunkt auf der Schwarzarbeit, der nicht angemeldeten, schlecht bezahlten und nicht versicherten Beschäftigung***, im Einklang mit den Rechtsvorschriften über den Datenschutz als wirkungsvolles Instrument zur Feststellung, Kontrolle und Überprüfung der Maßnahmen und Praktiken zur Bekämpfung der Diskriminierung ist;

Or. el

Änderungsantrag von Donata Gottardi

Änderungsantrag 17
Ziffer 5

5. fordert die Kommission auf, dem Parlament und dem Rat einen spezifischen Aktionsplan für die Mechanismen und Methoden zur Beobachtung und Beschreibung der Auswirkungen der nationalen Durchführungsmaßnahmen vorzulegen; hebt hervor, wie wichtig die Entwicklung von Mechanismen zur Sammlung von Daten über die Diskriminierung im Einklang mit den Rechtsvorschriften über den Datenschutz als wirkungsvolles Instrument zur Feststellung, Kontrolle und Überprüfung der Maßnahmen und Praktiken zur Bekämpfung der Diskriminierung ist; ***fordert die Kommission auf, gemeinsame Standards für Daten auszuarbeiten, um die übermittelten Informationen tatsächlich vergleichbar zu machen; fordert dazu auf, zu berücksichtigen, wie wichtig es ist, nicht nur die legislativen Inhalte der Umsetzung, sondern auch ihren Wirkungsgrad zu prüfen;***

Or. it

Änderungsantrag von Harlem Désir

Änderungsantrag 18
Ziffer 5

5. fordert die Kommission auf, dem Parlament und dem Rat einen spezifischen Aktionsplan für die Mechanismen und Methoden zur Beobachtung und Beschreibung der Auswirkungen der nationalen Durchführungsmaßnahmen vorzulegen; hebt hervor, wie wichtig die Entwicklung von Mechanismen zur Sammlung von Daten über die Diskriminierung im Einklang mit den Rechtsvorschriften über den Datenschutz als **nützliches** Instrument zur Feststellung, Kontrolle und Überprüfung der Maßnahmen und Praktiken zur Bekämpfung der Diskriminierung **unter Wahrung der innerstaatlichen Integrationsmodelle** ist;

Or. fr

Änderungsantrag von Jean Lambert

Änderungsantrag 19
Ziffer 5 a (neu)

- 5a. **stellt fest, dass Dienstleistungen von allgemeinem Interesse bei der Bekämpfung von Diskriminierung und Ausgrenzung aufgrund der Rasse oder ethnischen Herkunft eine große Rolle spielen können; fordert daher die Mitgliedstaaten auf sicherzustellen, dass Erbringer der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse im Einklang mit Datenschutzbestimmungen und unter Achtung der bürgerlichen Freiheiten die Erfassung ethnischer Daten nutzen, um Gleichbehandlung und Eingliederung zu gewährleisten, und dadurch die Schlüsselrolle, die die Erbringer der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in diesem Bereich spielen, zu unterstreichen; betont, dass die Erbringer der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse als Vorbilder für Behörden dienen könnten, die in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber und als Erbringer von Dienstleistungen bewährte Verfahren bei der Gleichbehandlung rassistischer und ethnischer Minderheiten anwenden;**

Or. en

Änderungsantrag von Donata Gottardi

Änderungsantrag 20
Ziffer 5 a (neu)

- 5a. **fordert insbesondere eine strenge Kontrolle der Anwendung der Regel der Teilumkehr der Beweislast, die vor allem wirkungsvoll ist, wenn es um Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Beschäftigung geht;**

Or. it

Änderungsantrag von Jan Jerzy Kułakowski

Änderungsantrag 21
Ziffer 6

6. ermutigt die Kommission, die nationalen Vorschriften zu prüfen, die über die gemeinschaftlichen Anforderungen hinausgehen, eine Übersicht über die Vorteile und Nachteile *der vorgelegten innerstaatlichen Lösungen* auszuarbeiten *sowie an der Ausarbeitung möglicher Lösungen zur Verbesserung der Lage von Diskriminierungsopfern mitzuwirken*;

Or. pl

Änderungsantrag von Harlem Désir

Änderungsantrag 22
Ziffer 6

6. ermutigt die Kommission, die nationalen Vorschriften zu prüfen, die über die gemeinschaftlichen Anforderungen *hinausgehen*, und eine Übersicht über die Vorteile und Nachteile dieser Maßnahmen auszuarbeiten, *um einen Katalog bewährter Praktiken vorzuschlagen, an dem sich die Mitgliedstaaten orientieren könnten*;

Or. fr

Änderungsantrag von Marie Panayotopoulos-Cassiotou

Änderungsantrag 23
Ziffer 6 a (neu)

- 6a. *weist darauf hin, dass das Diskriminierungsverbot nicht der Beibehaltung oder dem Erlass von Maßnahmen entgegenstehen sollte, mit denen bezweckt wird, Benachteiligung von Angehörigen einer bestimmten Rasse oder ethnischen Gruppe zu verhindern oder auszugleichen, wenn deren Zweck hauptsächlich darin besteht, für die besonderen Bedürfnisse dieser Personen einzutreten*;

Or. el

Änderungsantrag von Donata Gottardi

Änderungsantrag 24
Ziffer 6 a (neu)

- 6a. *hält eine weitere Vertiefung der Thematik der positiven Fördermaßnahmen, d.h. von „spezifischen Maßnahmen, mit denen Benachteiligungen aufgrund der Rasse oder ethnischen Herkunft verhindert oder ausgeglichen werden“, für angebracht, die laut Artikel 5 der Richtlinie von den Mitgliedstaaten beibehalten oder beschlossen werden können; hält gleichzeitig die im Bericht der Kommission über die Anwendung der Richtlinie vorgesehene Unterscheidung für besorgniserregend, durch die diese Maßnahmen von anderen Maßnahmen, den mit dieser Richtlinie unvereinbaren so genannten Maßnahmen der „positiven Diskriminierung“ abgegrenzt werden und als Maßnahmen dargestellt werden, die „Mitgliedern einer bestimmten Gruppe im Verhältnis zu anderen einen automatischen und unbedingten Vorrang (z. B. beim Zugang zu Beschäftigung) einräumen, der ausschließlich in der Zugehörigkeit zu dieser Gruppe begründet ist“; beobachtet die starke und unkritische Berufung auf eines der im Zeitraum 1995-1997 vom Gerichtshof angewandten Kriterien im Zusammenhang mit den positiven Fördermaßnahmen für Arbeitnehmerinnen, was im Übrigen sowohl bei den nationalen Rechtsvorschriften als auch bei den Leitsätzen des Gerichtshofs selbst zu Änderungen geführt hat; weist ferner darauf hin, dass einer der problematischsten Bereiche der Förderung positiver Maßnahmen den Zugang zu atypischen Arbeitsformen für Zuwanderer als benachteiligte Gruppe auch in Anlehnung an die europäische Regelung über staatliche Beihilfen betrifft;*

Or. it

Änderungsantrag von Harlem Désir

Änderungsantrag 25
Ziffer 7

7. befürwortet die vom Europäischen Sozialfonds (z.B. die Initiative EQUAL) und vom Programm *Progress* geförderten Initiativen für den Zeitraum 2007-2013, um u.a. die soziale Integration von Behinderten zu verbessern sowie die Bekämpfung von Diskriminierung zu unterstützen; fordert die Mitgliedstaaten und die Institutionen der Gemeinschaft selbst auf, sich um die Förderung strategischer Ziele zu bemühen, die der Besorgnis der Bürger jeden Alters besser *entsprechen*, und angemessene Mittel für eine stärkere Solidarität innerhalb der Europäischen Union und über ihre Grenzen hinaus bereitzustellen, *insbesondere anlässlich der Überprüfung der Struktur der Gemeinschaftsausgaben in den Jahren 2008-2009*;

Or. fr

Änderungsantrag von Donata Gottardi

Änderungsantrag 26
Ziffer 7 a (neu)

- 7a. **begrüßt das Interesse der Kommission an der Frage der Mehrfachdiskriminierung, auch durch die Einleitung einer Studie zu diesem Thema; fordert die Kommission auf, einen weit gefassten Begriff, der Mehrfachdiskriminierung zu übernehmen, mit dem der Möglichkeit Rechnung getragen werden kann, mehr als einem Risikofaktor für Diskriminierung ausgesetzt zu sein;**

Or. it

Änderungsantrag von Jan Jerzy Kułakowski

Änderungsantrag 27
Ziffer 8

8. fordert die Arbeitgeber zu einer weiter reichenden Beteiligung an der Förderung, Unterstützung **und Stärkung** des Prozesses der Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz **sowie zur Durchsetzung des in diesem Bereich bereits bestehenden Rechts** auf; begrüßt den Abschluss der Verhandlungen der europäischen Sozialpartner über ein Rahmenabkommen im Bereich Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz als Beispiel für die Förderung einer menschenwürdigen Arbeit in Europa; fordert die Kommission auf zu überwachen, dass solche Vereinbarungen effektiv beachtet und angewandt werden;

Or. pl

Änderungsantrag von Emine Bozkurt

Änderungsantrag 28
Ziffer 8

8. fordert die Arbeitgeber zu einer weiter reichenden Beteiligung an der Förderung und Unterstützung des Prozesses der Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz auf; **weist mit Nachdruck auf die Bedeutung der positiven Beteiligung der Arbeitgeber sowie auf die positiven Auswirkungen einer Politik der Vielfalt am Arbeitsplatz hin;** begrüßt den Abschluss der Verhandlungen der europäischen Sozialpartner über ein Rahmenabkommen im Bereich Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz als Beispiel für die Förderung einer menschenwürdigen Arbeit in Europa; fordert die Kommission auf zu überwachen, dass solche Vereinbarungen effektiv beachtet und angewandt werden;

Or. nl

Änderungsantrag von Maria Matsouka

Änderungsantrag 29

Ziffer 8

8. fordert die Arbeitgeber zu einer weiter reichenden Beteiligung an der Förderung und Unterstützung des Prozesses der Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz auf; begrüßt den Abschluss der Verhandlungen der europäischen Sozialpartner über ein Rahmenabkommen im Bereich Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz als Beispiel für die Förderung einer menschenwürdigen Arbeit in Europa; **fordert die Arbeitgeber auf, im Rahmen der sozialen Verantwortung der Unternehmen für die Gewährleistung der Gleichstellung zu sorgen und gegen Diskriminierungen aufgrund der Rasse oder der ethnischen Herkunft sowie gegen Ausgrenzungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Arbeitnehmern vorzugehen**; fordert die Kommission auf zu überwachen, dass solche Vereinbarungen effektiv beachtet und angewandt werden;

Or. el

Änderungsantrag von Agnes Schierhuber

Änderungsantrag 30

Ziffer 8

8. fordert die Arbeitgeber zu einer **kontinuierlichen** Förderung und Unterstützung des Prozesses der Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz auf; begrüßt den Abschluss der Verhandlungen der europäischen Sozialpartner über ein Rahmenabkommen im Bereich Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz als Beispiel für die Förderung einer menschenwürdigen Arbeit in Europa; fordert die Kommission auf zu überwachen, dass solche Vereinbarungen effektiv beachtet und angewandt werden;

Or. en

Änderungsantrag von Donata Gottardi

Änderungsantrag 31

Ziffer 8

8. fordert die Arbeitgeber zu einer weiter reichenden Beteiligung an der Förderung und Unterstützung des Prozesses der Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz auf; begrüßt den Abschluss der Verhandlungen der europäischen Sozialpartner über ein Rahmenabkommen im Bereich Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz als Beispiel für die Förderung einer menschenwürdigen Arbeit in Europa; fordert die Kommission auf zu überwachen, dass **eine** solche **Vereinbarung** effektiv beachtet und angewandt

wird;

Or. it

Änderungsantrag von Emine Bozkurt

Änderungsantrag 32
Ziffer 8 a (neu)

8a. weist darauf hin, wie wichtig es ist, dass die einzelnen lokalen, nationalen und europäischen Verwaltungsebenen bei der Bekämpfung der Diskriminierung zusammenarbeiten;

Or. nl

Änderungsantrag von Jean Lambert

Änderungsantrag 33
Ziffer 8 a (neu)

8a. begrüßt das wachsende Bewusstsein für Vielfalt und die Anwendung des Diversitätsmanagements als vorbildliche Unternehmenspraktik; unterstreicht den Nutzen, den Unternehmen aus dem Diversitätsmanagement ziehen können; stellt fest, dass die Vielfalt sowohl für das Management als auch die Personalauswahl eine Herausforderung darstellt; fordert KMU-Verbände auf, ihre Mitglieder in dieser Hinsicht zu unterstützen, damit die KMU von dem Mehrwert eines vielfältigen Arbeitskräftepotenzials profitieren können;

Or. en

Änderungsantrag von Emine Bozkurt

Änderungsantrag 34
Ziffer 8 b (neu)

8b. fordert die Kommission auf, den Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten in den Bereichen Bekämpfung der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, auch bei Praktika und in Bezug auf anonyme Bewerbungen, zu erleichtern;

Or. nl

Änderungsantrag von Harlem Désir

Änderungsantrag 35
Ziffer 8 a (neu)

8a. begrüßt die Annahme der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13. März 2007 zu der sozialen Verantwortung von Unternehmen¹ und die darin enthaltene Betonung der Bekämpfung von Diskriminierungen im Rahmen dieser Verantwortung; bekräftigt seine an die Kommission gerichtete Forderung, die Verbreitung bewährter Verfahren zu fördern, die sich aus freiwilligen Initiativen der Unternehmen ergeben, und ruft sie gleichzeitig auf, die Gleichbehandlung und die Förderung der Vielfalt in den Kriterienkatalog aufzunehmen, der von den Unternehmen zu beachten ist;

Or. fr

Änderungsantrag von Harlem Désir

Änderungsantrag 36
Ziffer 8 b (neu)

8b. unterstreicht die Besorgnis der europäischen Gewerkschaften darüber, dass die Mitgliedstaaten in Fragen der Diskriminierung den Dialog mit den nichtstaatlichen Organisationen dem Dialog mit den Sozialpartnern vorziehen; weist nachdrücklich auf die wichtige Funktion hin, die die Sozialpartner bei der Förderung der Gleichbehandlung in den Unternehmen, der Umsetzung des Grundsatzes der sozialen Verantwortung der Unternehmen und bei der Unterstützung der Arbeitnehmer, die einer Diskriminierung ausgesetzt sind, wahrnehmen;

Or. fr

Änderungsantrag von Evangelia Tzampazi

Änderungsantrag 37
Ziffer 9

9. würdigt die Entscheidung des Rates, das Jahr 2007 zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle zu machen; weist jedoch auf die Notwendigkeit hin, **einerseits Schlussfolgerungen aus den im Rahmen dieses Jahres ergriffenen Maßnahmen zu ziehen und die Kontinuität dieser Maßnahmen zu gewährleisten und andererseits** das Jahr 2007 mit dem Jahr 2008, dem Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs, zu verbinden;

Or. el

¹ An diesem Tag angenommene Texte, P6_TA(2007)0062.

Änderungsantrag von Jean Lambert

Änderungsantrag 38
Ziffer 9

9. würdigt die Entscheidung des Rates, das Jahr 2007 zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle zu machen; weist jedoch auf die Notwendigkeit hin, das Jahr 2007 mit dem Jahr 2008, dem Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs, zu verbinden; **hebt die Bedeutung der Rechte hervor, die sich aus den bestehenden Rechtsvorschriften en; fordert die Mitgliedstaaten auf, im Jahr der Chancengleichheit für alle die europäischen Bürger verstärkt über ihre Rechte aufzuklären;**

Or. en

Änderungsantrag von Donata Gottardi

Änderungsantrag 39
Ziffer 9

9. würdigt die Entscheidung des Rates, das Jahr 2007 zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle zu machen; weist jedoch auf die Notwendigkeit hin, das Jahr 2007 mit dem Jahr 2008, dem Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs, zu verbinden; **begrüßt die derzeit im Rahmen des Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle durchgeführten Initiativen sowie die Aufwertung der Unterschiede neben der Bekämpfung der Diskriminierung; stellt fest, dass sich nun schließlich das Bewusstsein ausbreitet, dass die integrierenden Gesellschaften, d. h. diejenigen, die die Herausforderungen und Chancen der Vielfalt berücksichtigen, die wettbewerbsfähigsten sind;**

Or. it

Änderungsantrag von Marie Panayotopoulos-Cassiotou

Änderungsantrag 40
Ziffer 9 a (neu)

- 9a. **ist der Ansicht, dass die Kohärenz und die Komplementarität mit anderen gemeinschaftlichen Maßnahmen gewährleistet werden muss, insbesondere im Hinblick auf politische Strategien, die der Bekämpfung von Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung, der Förderung der Grundrechte, der Aus- und Weiterbildung, des interkulturellen Dialogs und der Förderung von Belangen dienen, die junge Menschen sowie die Bereiche Staatsangehörigkeit, Migration, Asyl und Gleichstellung der Geschlechter betreffen; fordert die Kommission auf, die**

Koordination der vorstehend genannten Programme zu fördern;

Or. el

Änderungsantrag von Jan Jerzy Kułakowski

Änderungsantrag 41
Ziffer 10

10. fordert die Mitgliedstaaten im Rahmen der europäischen Beschäftigungsstrategie auf, in den nationalen Aktionsplänen *weiter reichende* Maßnahmen **und Mittel** zur Erleichterung der Eingliederung **aller** Minderheiten, **insbesondere der rassischen oder ethnischen**, in den Arbeitsmarkt festzulegen; fordert die Kommission zur Entwicklung eines einheitlicheren Ansatzes im Hinblick auf die Eingliederung auf, in den nächsten Leitlinien für die politischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Förderung der Beschäftigung die wesentlichen Empfehlungen über die in diesem Bereich durchzuführenden Maßnahmen zu berücksichtigen, die bis Ende 2007 von der mit Beschluss der Kommission 2006/33/EG vom 20. Januar 2006 eingesetzten hochrangigen beratenden Expertengruppe vorgelegt werden;

Or. pl

Änderungsantrag von Marie Panayotopoulos-Cassiotou

Änderungsantrag 42
Ziffer 10 a (neu)

- 10a. ist der Auffassung, dass die Teilhabe ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft auch auf Bereiche wie allgemeine und berufliche Bildung einschließlich des Rechts auf Bildung und der Bewahrung der Muttersprache ausgedehnt werden sollte;**

Or. el

Änderungsantrag von Agnes Schierhuber

Änderungsantrag 43
Ziffer 11

11. ist der Auffassung, dass **die Bekämpfung jeder Form von Diskriminierung gemäß der Strategie von Lissabon ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit darstellt; hält es daher für erforderlich, die Bemühungen zur besseren Aufklärung über die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten, die sich aus der Richtlinie 2000/43/EG ergeben, zu verstärken; ist der Ansicht, dass alle Bürger**

unabhängig von ihrer Rasse oder ethnischen Herkunft besser über ihre Rechte und Möglichkeiten in Bezug auf Entschädigungen im Falle einer Diskriminierung informiert werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag von Maria Matsouka

Änderungsantrag 44
Ziffer 11

11. ist der Auffassung, dass die Gemeinschaft der Roma ***sowie die anderen anerkannten nationalen Gemeinschaften insbesondere nach der Erweiterung***, einen besonderen sozialen Schutz ***benötigen***, da ***Probleme wie Ausbeutung, Diskriminierung und Ausgrenzung sich weiter verschärft haben***;

Or. el

Änderungsantrag von Marie Panayotopoulos-Cassiotou

Änderungsantrag 45
Ziffer 11 a (neu)

- 11a. weist auf Schwierigkeiten hin, denen Migranten, insbesondere Migrantinnen, nach ihrer Ankunft im Aufnahmeland gegenüberstehen, da sie aus Gründen der ethnischen Herkunft und des Geschlechts doppelt diskriminiert werden; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Strukturen und sozialen Dienste für die problemlose Eingliederung und die Information über Rechte und Pflichten gemäß ihren Grundsätzen und Rechtsvorschriften zu verstärken;***

Or. el

Änderungsantrag von Donata Gottardi

Änderungsantrag 46
Ziffer 11 a (neu)

- 11a. hebt hervor, dass ein integriertes Herangehen an das Thema der Diskriminierungsverbote aufgrund von Rasse oder ethnischer Herkunft notwendig ist, wobei die engen Zusammenhänge einerseits mit der Anerkennung und dem Schutz der Rechte der „nationalen“ Minderheiten und andererseits mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit zu berücksichtigen sind; die Notwendigkeit eines integrierten Herangehens erstreckt sich auch auf die Überschneidungen mit dem Thema der Zuwanderung, unter besonderer***

Berücksichtigung des Aktionsplans zur legalen Zuwanderung, Bekämpfung der illegalen Einwanderung, Zukunft des Europäischen Migrationsnetzes, und auf die Regelung der Familienzusammenführung und der Einreise in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union; diese Koordinierung kann zu besseren Informationen und Kenntnissen der Regelung führen, aber auch Klarheit schaffen und Überschneidungen bei den Regelungen, die besonders im Bereich der Beschäftigung negative Auswirkungen haben, vermeiden;

Or. it

Änderungsantrag von Philip Bushill-Matthews

Änderungsantrag 47
Ziffer 12

entfällt

Or. en

Änderungsantrag von Agnes Schierhuber

Änderungsantrag 48
Ziffer 12

12. fordert, dass die *nichtstaatlichen Organisationen* eine wichtigere Rolle dabei spielen, wenn es darum geht, ***Opfern von Diskriminierungen alle erforderlichen Informationen bereitzustellen;***

Or. en

Änderungsantrag von Maria Matsouka

Änderungsantrag 49
Ziffer 12

12. fordert, dass die Nichtregierungsorganisationen eine wichtigere Rolle dabei spielen, wenn es darum geht, die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen für Opfer des Menschenhandels zu empfehlen und zu erleichtern; fordert die Mitgliedstaaten auf, die erforderlichen Regelungen voranzutreiben, um die Zahl der staatlichen Stellen zu erhöhen, die Aufenthaltsgenehmigungen ausstellen, ***und die Netze der medizinischen Versorgung und psychologischen Betreuung, sofern und wo dies erforderlich ist, auf die Opfer jeder Form von Ausbeutung sowie ihre direkten Angehörigen auszudehnen*** und Arbeitskontrollen zu fördern, um jede Form der Ausbeutung und Zwangsarbeit zu beseitigen;

Änderungsantrag von Patrizia Toia

Änderungsantrag 50

Ziffer 12

12. fordert, dass die *nichtstaatlichen Organisationen* eine wichtigere Rolle dabei spielen, wenn es darum geht, die Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen für Opfer des Menschenhandels zu empfehlen und zu erleichtern; fordert die Mitgliedstaaten auf, die erforderlichen Regelungen voranzutreiben, um die Zahl der staatlichen Stellen zu erhöhen, **die die Opfer der Ausbeutung unterstützen, die auf ihre** Aufenthaltsgenehmigungen **warten**, und Arbeitskontrollen zu fördern, um jede Form der Ausbeutung und Zwangsarbeit zu beseitigen;

Or. it

Änderungsantrag von Harlem Désir

Änderungsantrag 51

Ziffer 12

12. fordert, dass die **Tätigkeit der nichtstaatlichen Organisationen bei der Verteidigung der Rechte der** Opfer des Menschenhandels **anerkannt und gefördert wird**; fordert die Mitgliedstaaten auf, die erforderlichen Regelungen voranzutreiben, um die Zahl der staatlichen Stellen zu erhöhen, die Aufenthaltsgenehmigungen für die Opfer der Ausbeutung auszustellen, und Arbeitskontrollen zu fördern, um jede Form der Ausbeutung und Zwangsarbeit zu beseitigen;

Or. fr

Änderungsantrag von Philip Bushill-Matthews

Änderungsantrag 52

Ziffer 13

entfällt

Or. en

Änderungsantrag von Patrizia Toia

Änderungsantrag 53
Ziffer 13

13. fordert die Mitgliedstaaten auf, sich davon zu überzeugen, dass alle Arbeitnehmer, auch diejenigen, die noch auf die Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus warten, Zugang zu den Arbeitsgerichten haben, um **die Rechte im Zusammenhang mit jeder Arbeitsleistung zu schützen, auch wenn sie in einen Zeitraum ohne Aufenthaltsgenehmigung fällt**; fordert die Mitgliedstaaten **gegebenenfalls** auf, **die rechtlichen Voraussetzungen** zu schaffen, um **auch den zugewanderten Arbeitnehmern, die noch auf die Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus warten, Zugang zu den zuständigen Gerichten zu garantieren**;

Or. it

Änderungsantrag von Agnes Schierhuber

Änderungsantrag 54
Ziffer 13

13. fordert die Mitgliedstaaten auf, sich davon zu überzeugen, dass alle Arbeitnehmer, auch diejenigen, die **bereits** auf die Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus warten, Zugang zu den Arbeitsgerichten haben, um ihnen einen angemessenen Schutz zu gewähren **(Streichung)**;

Or. en

Änderungsantrag von Donata Gottardi

Änderungsantrag 55
Ziffer 13

13. fordert die Mitgliedstaaten auf, sich davon zu überzeugen, dass alle Arbeitnehmer, auch diejenigen, die noch auf die Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus warten, Zugang zu den Arbeitsgerichten haben, um ihnen einen angemessenen Schutz vor den Arbeitgebern zu gewähren, die sie ausbeuten; fordert die Mitgliedstaaten auf, **die unverletzlichen Rechte der Person auch den illegalen Zuwanderern oder den Zuwanderern, die noch auf die Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus warten, zu garantieren, wozu u. a. das Recht auf Leben, Gesundheit und Achtung der Würde gehört**;

Or. it

Änderungsantrag von Jean Lambert

Änderungsantrag 56
Ziffer 13

13. fordert die Mitgliedstaaten *sowie insbesondere die in Artikel 13 der Richtlinie 2000/43/EG genannten Gleichstellungsstellen* auf, sich davon zu überzeugen, dass alle Arbeitnehmer, auch diejenigen, die noch auf die Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus warten, Zugang *zum Rechtssystem einschließlich* Arbeitsgerichten haben, um ihnen einen angemessenen Schutz vor den Arbeitgebern zu gewähren, die sie ausbeuten, *und sicherzustellen, dass alle Arbeitnehmer während, vor und nach Rechtsverfahren angemessenen Rechtsbeistand erhalten*; fordert die Mitgliedstaaten auf, Beschwerdemöglichkeiten zu schaffen, um den Zugang der illegalen Ausländer zu diesen Gerichten zu erleichtern.

Or. en

Änderungsantrag von Magda Kósáné Kovács

Änderungsantrag 57
Ziffer 13

13. fordert die Mitgliedstaaten auf, sich davon zu überzeugen, dass alle Arbeitnehmer, auch diejenigen, die noch auf die Legalisierung ihres Aufenthaltsstatus warten, Zugang zu den Arbeitsgerichten *und den für die Gewährleistung der Gleichbehandlung zuständigen Stellen* haben, um ihnen einen angemessenen Schutz vor den Arbeitgebern zu gewähren, die sie ausbeuten; fordert die Mitgliedstaaten auf, Beschwerdemöglichkeiten zu schaffen, um den Zugang der illegalen Ausländer zu diesen Gerichten *und den für die Gewährleistung der Gleichbehandlung zuständigen Stellen* zu erleichtern.

Or. en

Änderungsantrag von Donata Gottardi

Änderungsantrag 58
Ziffer 13 a (neu)

- 13a. fordert nachdrücklich, dass die in der Richtlinie vorgesehenen mit der Förderung der Gleichbehandlung befassten Stellen die Unabhängigkeit ihrer Unterstützungs- und Untersuchungstätigkeit garantieren und sich nicht nur auf die Bereitstellung von Informationen beschränken; fordert die Mitgliedstaaten ferner auf, eine angemessene Finanzierung der Strukturen und ihrer Tätigkeiten zu gewährleisten;*

Or. it

Änderungsantrag von Donata Gottardi

Änderungsantrag 59
Ziffer 13 b (neu)

13b. fordert die Kommission auf, über die Möglichkeit nachzudenken, die Anwendung des Prinzips der Gleichbehandlung im Bereich der sozialen Sicherheit zu verstärken, insbesondere wenn es um Arbeitnehmer geht, die sich nur für eine begrenzte Zeit in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufhalten und dort arbeiten;

Or. it

Änderungsantrag von Donata Gottardi

Änderungsantrag 60
Ziffer 13 c (neu)

13c. in Anbetracht der obenstehenden Erwägungen stimmt es der Entscheidung der Kommission nicht zu, die Vorlage von „Vorschlägen für eine Änderung und Aktualisierung dieser Richtlinie“ nicht für erforderlich zu halten; es sind zwar erst wenige Jahre seit ihrer Verabschiedung vergangen und es stehen noch diesbezügliche Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften aus, aber es trifft auch zu, dass einige Teile der Richtlinie sinnvoll ergänzt und verbessert werden könnten, und zwar auf der Grundlage nicht nur der nationalen Erfahrungen mit der Umsetzung und Anwendung der Antidiskriminierungsvorschriften, sondern auch der zahlreichen Forschungen und Analysen von Experten im soziologischen und rechtlichen Bereich;

Or. it

Änderungsantrag von Evangelia Tzampazi

Änderungsantrag 61
Ziffer 14 a (neu)

14a. weist die Kommission darauf hin, dass einer kürzlich veröffentlichten Umfrage von Eurobarometer zufolge 51 % der europäischen Bürger der Ansicht sind, dass in ihrem Land nicht genügend Anstrengungen unternommen werden, um Diskriminierungen zu bekämpfen;

Or. el

Änderungsantrag von Evangelia Tzampazi

Änderungsantrag 62
Ziffer 15 a (neu)

15a. zeigt sich beunruhigt über den laut Eurobarometer bestehenden Mangel an Informationskampagnen und die sich daraus ergebende geringe Kenntnis der Bürger über gemeinschaftliche und nationale Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Diskriminierungen;

Or. el

Änderungsantrag von Evangelia Tzampazi

Änderungsantrag 63
Ziffer 16 a (neu)

16a. fordert die Kommission auf, unverzügliche Maßnahmen zu ergreifen, um die gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften zur Bekämpfung jeder Form von Diskriminierungen aus Gründen der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung voranzutreiben, und sicherzustellen, dass dabei die Bestimmungen der neuen UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen genügend berücksichtigt werden;

Or. el

Änderungsantrag von Evangelia Tzampazi

Änderungsantrag 64
Ziffer 17 a (neu)

17a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, das Problem der Mehrfachdiskriminierung anzuerkennen und sicherzustellen, dass es in den zukünftigen Politiken und Programmen berücksichtigt wird;

Or. el